

FDP Fraktion Obertshausen Haushaltsrede 9.12.2010

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, sehr geehrte Damen und Herren,

Kaum Spielraum fürs Sparen, sagt der Kämmerer und Bürgermeister – und das bei 9,8 Mio € Defizit. Keine Zeit für Tabus, merkt die Offenbach Post an und kritisiert, dass der Haushalt ihrer Meinung nach keine Maßnahmen enthält, um das Defizit spürbar zu verringern. Immerhin betragen die freiwilligen Leistungen noch 3,8 Mio € (plus die Defizite der Kinderbetreuung von 6,4 Mio €) – also 10,2 Mio €. Wenn wir also rein theoretisch alle freiwilligen Leistungen auf 0 setzen würden, dann hätten wir einen ausgeglichenen Haushalt. Also wo ist das Problem?

Ein Defizit entsteht, wenn die Ausgaben höher sind als die Einnahmen. Um es spürbar zu senken, muss man entweder die Einnahmen erhöhen oder die Ausgaben senken oder am besten beides tun.

Zum Thema Einnahmen erhöhen: welche Möglichkeiten stehen zur Verfügung?

Abgaben ist der Sammelbegriff für alle kraft öffentlicher Finanzhoheit zur Erzielung von Einnahmen erhobenen Zahlungen. Diese gibt es in den Varianten Steuern, Gebühren und Beiträge.

Steuern sind „... Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft; die Erzielung von Einnahmen kann Nebenzweck sein.“

Für Steuern gibt es also keine Gegenleistung oder auch nur Bindung an einen Verwendungszweck. Die Nutzung öffentlicher Einrichtungen spielt also keine Rolle.

Gebühren sind „Zahlungen für besondere Leistungen einer öffentlichen Körperschaft oder für die (freiwillige oder erzwungene) Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen.“

Bei Gebühren ist die tatsächliche Nutzung erforderlich.

Für Gebühren bekommen Sie eine konkrete Gegenleistung – einen Kindergartenplatz, ein Grab, einen Reisepass, etc.

Gebühren sind aufgrund der tatsächlichen Nutzung oft leistungsabhängig – ein Ganztagesplatz im Kindergarten kostet mehr als ein Halbtagesplatz.

Beiträge „stellen einen Aufwandsersatz für die mögliche Inanspruchnahme einer konkreten Leistung einer öffentlichen Einrichtung dar.“

Bei Beiträgen ist nur die Möglichkeit einer Nutzung erforderlich.

Beliebte Forderung der Kommunalaufsicht zur Erhöhung der Einnahmen ist die Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuerhebesätze sowie die Einführung einer Straßenbeitragssatzung.

Da die Gewerbesteuer vom Gewinn abhängt, bringt ein höherer Hebesatz als Einnahmequelle nur dann etwas, wenn er nicht mit 0 multipliziert wird, also Gewinne da sind, ein höherer Hebesatz verhindert dabei Neuansiedlungen von Unternehmen oder begünstigt Abwanderungen – denken Sie in unserer Region an die Deutsche Börse, die von Frankfurt nach Eschborn gezogen ist und dadurch Millionen spart. Denken Sie bitte auch daran, dass wir ein neues Gewerbegebiet namens „Herbäcker“ mit Betrieben füllen wollen. Dazu braucht man einen attraktiven Gewerbesteuersatz. Die Erhöhung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer kann aber auch durch eine höhere Anzahl an gewerbesteuerpflichtigen Betrieben kommen – diese Möglichkeit haben wir mit dem Bebauungsplan für die Herbäcker auf den Weg gebracht. Es verbreitert die Basis und entzerrt hoffentlich einmal unsere Abhängigkeit von einigen wenigen Firmen – 11 Gewerbesteuerzahler tragen 50% der Steuereinnahmen aus dieser Steuerart. Es ist eine mittelfristige, aber auch sehr nachhaltige Maßnahme. Für 2011 rettet uns das noch nicht.

Die Grundsteuer B soll auf den hessischen Durchschnittssatz von derzeit 290 angehoben werden – das wären gegenüber dem jetzigen Satz von 240 ca 25% Erhöhung. Das würde erst mal ca 585.000 € bringen, von denen ein großer Teil wieder über Umlagen abzugeben wäre.

Ein paar Rechenspiele dazu: unser Defizit von 9,8 Mio € wäre also rein rechnerisch fast gedeckt, wenn wir die Grundsteuer vervierfachen würde. Das wäre dann eine spürbare Verringerung des Defizites. Da viele Gemeinden den Formbrief von der Kommunalaufsicht bekommen, erhöhen viele Gemeinden ihren Hebesatz und der Durchschnitt erhöht sich dadurch wieder – ein „moving target“ entsteht – ein Ziel, welches sich bewegt und schwer zu treffen ist.

Diese Lage müssen wir den Bürgern transparent machen. Das Verständnis für Maßnahmen, die sich aus dieser Lage ableiten ist größer als allgemein angenommen. Die Leute sind weder dumm noch wollen sie belogen werden.

Warum führen wir keine Straßenbeitragssatzung ein?

Dies ist eine Forderung der Kommunalaufsicht, die aus unserem Defizit und dem Vorhandensein von freiwilligen Leistungen ableitet, dass wir womöglich unsere Pflichtaufgaben vernachlässigen und daher einen getrennten Geldtopf für die Straßenerhaltung eingeführt haben möchte. Das ist aus unserer Sicht ein absolut valider Ansatz. Wieviel Geld man für die Straßenerhaltung braucht, lässt sich dem Bürger seitens der Verwaltung vorrechnen und ist einer Steuererhöhung, die irgendwo hin geht, absolut vorzuziehen.

Warum wehren wir uns jetzt dagegen?

Das aktuelle hessische kommunale Abgabengesetz sieht vor, dass diese Beiträge nur dergestalt erhoben werden, indem die Kosten einer Straßenerhaltungsmaßnahme den direkten Grundstücksanliegern auferlegt werden. Da die Kosten einer Grunderneuerung schnell sechsstellig sind, kommen auf den einzelnen Grundstückseigentümer Rechnungen in fünfstelliger Höhe zu. Da dies bislang nicht üblich war, eine Straßenbeitragssatzung zu haben, hat keiner das Geld dafür zurückgelegt. Von der Bank kriegt man dafür üblicherweise keinen Kredit, da der Grundstückswert dadurch ja nicht steigt und die renovierte Straße vor der Tür auch keine Sicherheit im Sinne der Bank ist – die Straße gehört ja der Stadt. Umlagefähig auf Mieter sind diese Kosten auch nicht.

In Rheinland-Pfalz hat man eine bessere Lösung gefunden, die wir auch anstreben: dort können die Gemeinden durch Satzung bestimmen, dass an Stelle der Erhebung einmaliger Beiträge die jährlichen Investitionsaufwendungen für Verkehrsanlagen nach Abzug eines Gemeindeanteils als wiederkehrender Beitrag auf die beitragspflichtigen Grundstücke verteilt werden. In der Satzung kann geregelt werden, dass sämtliche zum Ausbau bestimmten Verkehrsanlagen des gesamten Gebiets eine einheitliche öffentliche Einrichtung bilden, für deren Ausbau Beiträge von Grundstücken erhoben werden können.

Also zahlt dort jeder Grundstückseigentümer ab der Einführung der Beitragssatzung einen kleinen, aber wiederkehrenden Betrag, mit der die Erneuerungsprojekte des Jahres finanziert werden. Diese Beträge sind umlegbar auf Mieter, was fair ist, denn alle Bewohner kommen über Straßen und Bürgersteige zu ihren Wohnungen.

Das wird für Hessen angedacht, wird aber noch 1-2 Jahre dauern. Und die 1-2 Jahre warten wir damit, denn eine Einführung nach dem jetzigen KAG wäre gegenüber den in diesem Übergangszeitraum betroffenen Bürgern schlichtweg schreiend ungerecht. In der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker arbeiten wir auf diese Lösung hin, die auch der Hessische Städte- und Gemeindebund präferiert, wie Herr Schelzke uns dort kürzlich vorstellte.

Das war die Einnahmenseite. Schauen wir uns nun die Ausgabenseite an.

Da wird es immer spannender – am 27.3.2011 sind nicht nur Kommunalwahlen, sondern auch eine Volksabstimmung zur Schuldenbremse. Wir wollen in der Hessischen Verfassung festschreiben, dass die Schuldenbremse des Grundgesetzes übernommen wird. Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen – so wird der Wortlaut sein. Wenn die Hessen dem zustimmen, dann wird aus einer Vorgabe für die Verwaltung ein Pakt zwischen Regierung und Bürgern, dass so und nicht anders verfahren werden soll. Das ist in unserer Sicht alternativlos. Das deutliche und laute „Ja“ der Hessen ist notwendig, damit wir als Volksvertreter den Rückhalt

bekommen, den wir für die Umsetzung eines ausgeglichenen Haushaltes brauchen. Jeder ist dafür zu sparen. Jeder weiß und sagt, dass Defizite und Schulden uns in der Zukunft die Luft abschneiden. Aber konkrete Maßnahmen zur Erhöhung von Einnahmen und Verringerung von Ausgaben scheitern oft am Anspruch, dass zuerst woanders gespart werden soll, bevor es einen selber trifft. Keiner gibt gerne mehr Geld aus. Wir Menschen leben lieber im heute als im morgen. Sehen Sie sich die Anträge zum Waldkindergarten oder Kindergartengebühren an.

Wir haben uns die freiwilligen Leistungen angeschaut, ob und was man dort machen kann.

Der dickste Brocken ist die *Kinderbetreuung*. Das ist zwar eine Pflichtaufgabe, aber wir subventionieren als Stadt die Gebührenhaushalte, die alles andere als kostendeckend sind – in Summe 6,4 Mio € für 2011. Das ist eine freiwillige Leistung, denn Gebührenhaushalte müssten kostendeckend sein. Vielen Eltern ist die hohe Subventionierung nicht bewusst und dann kommen Klagen über die Höhe der Gebühren. Wenn wir die Gebühren kostendeckend machen wollten, sprich vervielfachen, würde uns das auch nicht retten, denn viele Eltern würden ihre Kinder abmelden (müssen). Dann hätten wir die Gebäude mit den Abschreibungen sowie das Personal weiterhin da, aber noch weniger Einnahmen und die Kostendeckung wäre bestimmt nicht besser.

Wir wollen dort die Kosten versuchen zu senken, indem wir von den Genehmigungsbehörden schriftlich fixierte Mindeststandards für solche Einrichtungen bekommen wollen, bei denen die Kommunen Mitspracherechte haben. Sehr hohe Anforderungen an Bauwerke und Platzbedarf sowie Einrichtungen und Abläufe treiben die Kosten nach oben und sind bei bestimmt mehr als 80% der Elternhäuser auch nicht umgesetzt – man könnte Kinderbetreuung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften auch kostengünstiger realisieren, ohne das Kindeswohl zu schädigen. Die Kommune darf es aber derzeit nicht – da müssen dicke Bretter gebohrt werden und das dauert über 2011 hinaus.

Sportanlagen und Vereinsförderung – 2 Sporthallen und ein Sportzentrum verursachen hohe Fixkosten, von denen man nicht schnell herunterkommt. Dort Gebühren einzuführen oder zu erhöhen wäre zu diskutieren – aber dann im Gesamtkontext mit der Vereinsförderung. Dort gibt es unserer Ansicht nach Bedarf einer generellen Neuregelung von Zuschüssen und Investitionshilfen – lassen Sie uns das Thema angehen, Transparenz schaffen und diskutieren, wie wir den Sport und die Vereine fördern können, ohne unseren Haushalt angreifbar zu machen.

Büchereien – eine wichtige und beliebte Bildungseinrichtung mit ca 400.000 € Defizit. Hier haben wir im Stadtentwicklungsprogramm die Vision entwickelt, die beiden Büchereien mit den Bibliotheksangeboten in den Schulen der „Neuen Mitte“ zusammenzulegen. Das wird Synergien heben und die Attraktivität steigern, die Umsetzung wird aber noch etwas dauern....

Friedhofsgebühren – ein langjähriges Thema für uns. Dieses Jahr gab es jetzt die Vorstellung der Berechnungsweise der neuen Friedhofsgebühren – die Transparenz wurde geschaffen, ein Wahlversprechen erfüllt. Die neuen Erkenntnisse waren ernüchternd: die Friedhofsgebühren werden auf Dauer defizitär sein, da wir in Obertshausen Überkapazitäten haben, z. B. bei den Trauerhallen. Wir haben 3 davon, die unterhalten werden müssen und diese sind nicht ausgelastet. Wir dürfen diese Überkapazitäten aber nicht berechnen und bleiben auf den Kosten sitzen. Wir haben damals zugestimmt, den alten Friedhof in Obertshausen wieder zu öffnen, als wieder Kapazitäten vorhanden waren. Diese bürgernahe Entscheidung trafen wir in Unkenntnis der Folgen für die Gebührenhaushalte. Wir werden in Zukunft gezielt bei jeder Maßnahme, die auf den ersten Blick aussieht wie „ehda“ auch nach den Auswirkungen für die Kosten und Gebühren fragen.

Kultur – wir fördern das Volksbildungswerk mit Musikschule als Bildungseinrichtung. Der neue Vorstand hat viel Arbeit in die innere Organisation gesteckt und viel erreicht. Kostendeckend wird diese Bildungseinrichtung nicht werden.

Wir leisten uns ein Theater- und Kleinkunstprogramm mit attraktiven Stücken und Gastspielen bei niedrigen Preisen. Die Optionen müssen wir unter diesem Kostendruck durchleuchten – im Ballungsraum Rhein-Main ist das Kulturangebot reichhaltig.

Interkommunale Zusammenarbeit - immer, wenn es an seltene Geräte geht oder an Dienstleistungen, die seltener erbracht werden oder in Richtung Bauhof, muss man überprüfen, ob alleine selbstermachen die wirtschaftlichste Option ist oder ob man zusammen mit Heusenstamm,

Mühlheim oder Rodgau gemeinsame Lösungen finden kann. Das wird mittelfristig Kosten senken.

Das Fazit unserer Betrachtung lautet, dass wir einiges aufgesetzt haben und weitere Ideen haben, unsere heutige Handlungsweise auf Verbesserungsmöglichkeiten zu überprüfen. Wir schaffen es aber nicht, in 2011 das Defizit spürbar zu verringern, da die niedrig hängenden Früchte des Sparens bereits gepflückt wurden. Wenn man von den Ausgaben die Umlagen abzieht, die die Stadt nicht beeinflussen kann, dann sind die Ausgaben von Jahr zu Jahr gesunken. Den Einbruch in der Gewerbesteuer von 10 Mio € im Jahr gegenüber 2006/2007 können wir nicht durch kurzfristige Einsparungen ausgleichen.

Was sind für uns Liberale die wichtigsten inhaltlichen Punkte im Haushalt 2011?

Weiterhin wollen wir uns auf unsere Pflichtaufgabe, die Daseinsvorsorge, konzentrieren. Für uns sind das Infrastruktur und Städtebau bzw. Stadtumbau als Rahmenbedingungen für ein Gemeinwesen.

Wir haben wenig Geld und müssen uns auf wenige Projekte konzentrieren. Das für uns wichtigste und dringlichste Projekt in Haushalt 2011 ist der Einkaufsbereich im Stadtteil Obertshausen. Im Stadtumbaukonzept haben wir einstimmig beschlossen, dass die Aufwertung des Straßenraumes Beethovenstraße und Heusenstammer Straße für uns Priorität 1 hat und kurzfristig umgesetzt werden soll.

Wir möchten, dass der Anschluss Heusenstammer Str./Beethovenstr. umgestaltet wird, was die Erreichbarkeit der Beethovenstraße als Einkaufsstraße verbessert, weil man von Heusenstamm kommend dann direkt links in die Einkaufsstraße abbiegen kann und nicht mehr über Von-Stauffenberg-Str. und andere enge Wohnstraßen fahren muss.

Ich will meine Haushaltsrede von 2009 nicht wiederholen, aber ob es uns gefällt oder nicht: die bequeme Erreichbarkeit mit dem Auto ist ein Erfolgsfaktor, ohne diesen Erfolgsfaktor wird die Frequenz weniger, die Läden leerer, die Händler geben auf und ein Stadtteil mit 12500 Einwohnern hat am Ende der Entwicklung keine funktionierende Infrastruktur für den Alltag mehr. Mittelfristig werden sich dann die Bürger anderswo hin orientieren, es werden keine Neubürger in diese Gegend mehr zuziehen, wenn die Infrastruktur schlecht wird. Nichtstun spart hier kein Geld, sondern kostet mittel- bis langfristig mehr.

Die wohlhabenden, (auto)mobilen Bürger im mittleren Alter werden mit der Einkaufssituation trotzdem zurechtkommen – das ist auch der Tenor der Streichungsanträge – nicht nötig, kein Geld. Was machen die Bürger, die kein Auto haben, die Kinder und Jugendlichen und die Senioren? Wollen wir den erhöhten Verkehr mit all dem kritisierten Lärm, der durch längere Wege entsteht?

Umbau Beethovenstrasse: Es wird immer kritisiert, dass sich die Verkehrsströme von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern kreuzen, dass es zu Situationen kommt, die von den Beteiligten als stressig empfunden werden. Der Radweg ist nach einer StVO-Änderung keiner mehr, es darf in der Tempo 30-Zone auf der Straße gefahren werden, der breite Gehweg wird aber weiterhin aufgrund der farblichen Markierung als Radweg angenommen. Dort gibt es Slalom mit den Fußgängern und parkende Autofahrer müssen diesen breiten „Rad- und Fußweg“ beim Ein- und Ausparken kreuzen. Wir wissen noch nicht, wie wir diese Situation lösen können, wir wissen aber, dass wir sie verbessern wollen. Wir haben in der Koalition Verkehrsplaner beauftragt, sich die Situation anschauen und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten, das Ziel ist formuliert und die Vorschläge werden Anfang nächsten Jahres mit Kostenrechnung im Ausschuss präsentiert und diskutiert werden.

Unverzichtbarer Bestandteil der Beethovenstraße als Einkaufsstraße ist auch der Beethovenpark, den wir zusammen mit der Beethovenstraße umgestalten wollen zu einem Platz mit Aufenthaltsqualität. Glücklicherweise ist der Spuk des Überbauens des beliebten Parks überstanden und frühere Befürworter des Zubauens sind heute wieder Befürworter des Parks und streichen auch das Geld für den Umbau nicht – das freut uns.

Obertshausen hat im Vergleich zu Hausen die schlechtere Infrastruktur im Einkaufsbereich. Der Druck nach Hausen an den Stadtrand hält an, das zeigen die notwendigen Maßnahmen im Bebauungsplan, die wir vorher besprochen haben.

Gleichwertige Lebensverhältnisse ist eine zentrale Leitvorstellung der Politik und Raumentwicklung. Dieser Verantwortung kommen wir nach.

Einige Worte noch zum Haushaltssicherungskonzept: es ist wenig ergiebig von den Summen – wir sind mit den Kürzungsrunden nach den vielen Jahren einfach am Ende. Daher ist es wichtig, dass wir darüber nachdenken, wie wir den Haushalt auf den richtigen Weg bekommen können – zum Beispiel, indem wir anders arbeiten, um Kosten senken zu können. Das Gebäudemanagement ist ein Beispiel dafür – Bündelung aller Gebäudeaufgaben über alle Fachbereiche, Bildung von Pools und dadurch mehr Effizienz.

Ich möchte noch auf einige Haushaltsanträge eingehen, die uns bis Dienstag vorlagen – das waren die der BfO. Von der CDU erfuhr ich, dass von der SPD auch Anträge eingegangen sind – bekommen habe ich diese nicht.

Sowohl die Grünen als auch die SPD sind ja keine Anfänger im Stadtparlament, die noch keine Übung in Haushaltsberatungen haben und somit die Abläufe nicht kennen. Es reicht aber wohl vollkommen, wenn man lustlos und spät nach der Ausschussrunde ohne Gelegenheit zur Vorstellung und Diskussion Anträge stellt. Oder da reicht man doch voreilend beleidigt am besten keinen Antrag mehr ein. Das ist ökonomisch, man spart sich viel Zeit und Energie und ist überzeugt, dass der Wähler auch ohne konstruktive Ideen sein Kreuz an der richtigen Stelle macht – Grün wirkt.

Die „Bürger für Obertshausen“ haben wenigstens ihre Änderungsanträge in der Ausschussrunde eingebracht und erläutert. Inhaltliche Differenzen finden wir hier aber auch.

Herr Schulz hat mal wieder einen runden Tisch zur Haushaltskonsolidierung gefordert. Lieber Herr Schulz, der runde Tisch ist schon da: er heißt Stadtverordnetenversammlung bzw. Ausschuss. Hier ist das Zentrum der politischen Gravitation in Obertshausen und hier wird diskutiert. Wenn Sie Ideen haben, wie man den Haushalt in Obertshausen retten kann und diese loswerden wollen, dann bringen Sie diese ohne Scheu ein - angeblich fehlende runde Tische sind keine Entschuldigung.

Kaum Spielraum fürs Sparen? Lassen Sie mich ergänzen: kaum Spielraum für kurzfristig spürbare Defizitverringerungen ohne Rückkehr der Gewerbesteuererinnahmen für Obertshausen.

Es gibt immer Ideen, denen man nachgehen kann. Diese setzen tiefes Wissen über Abläufe und Inhalte der Tätigkeiten voraus – der ehrenamtliche Kommunalpolitiker stößt hier schnell an Grenzen. Wir brauchen und bekommen hier die Mitarbeit der Verwaltung, für deren Unterstützung wir uns hier herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren, wir Liberale vertrauen auf das Engagement, die Leistungsbereitschaft und Kreativität der Menschen und auf einen Staat, der seine Stärke aus der Beschränkung auf seine hoheitlichen Aufgaben schöpft.

Wir wollen bezahlbare Abgaben und Steuern für Gewerbe und Bürger. Wir wollen ein attraktives Obertshausen für (Neu)bürger und Gewerbe, nur dadurch können wir unsere Finanzen wieder auf gesunde Füße stellen.

Die FDP ist und bleibt das seriöse Korrektiv gegen Partikularinteressen und Populismus in Obertshausen.

Im vorliegenden Haushalt haben wir unsere Ideen und Vorstellungen wie gerade erläutert eingebracht und bitten um Zustimmung.